

„Wichtiger Verhandlungspunkt nach der Kommunalwahl“

Grüne wollen Geld für ALZ langfristig sichern

Die Fraktion der Grünen im Rat will die Finanzierung des Arbeitslosenzentrums (ALZ) und der Beratungsstelle „Wendepunkt“ langfristig sichern. Das verkündete OB-Kandidat Mario Krüger als Reaktion auf den Bericht der WAZ von gestern. Die ALZ in ganz NRW bekommen seit September kein Geld mehr vom Land. Weil mehrere Beratungsstellen in der Umgebung schließen mussten, müssen Hilfesuchende in Dortmund nun bis zu drei Wochen warten.

Für seine Partei sei das ein „wichtiger Verhandlungspunkt nach der Kommunalwahl“, so Krüger. „Die sozialrechtlichen und psychologischen Beratungsleistungen gehen dabei weit über die Beratungen durch die Arge hinaus und sind eine notwendige Ergänzung. Das sieht auch die Arge selbst so“, begründet er seine Forderung. Sollte das Land keine Mittel bereitstellen, müsse über „eine Fortsetzung mit kommunalen Mitteln nachgedacht werden.“

WAZ 30.4.05

Donnerstag, 30. April 2009

Grüne stützen Zentrum für Arbeitslose

Die Grünen im Rat wollen die Arbeit des Arbeitslosenzentrums an der Leopoldstraße (ALZ) sowie der Beratungsstelle „Wendepunkt“ des Frauenzentrums Huckarde langfristig sichern. Deshalb müsse bereits jetzt über entsprechende Möglichkeiten nach dem Auslaufen des momentanen Finanzierungsmodells im September 2010 nachgedacht werden.

Fraktionssprecher Mario Krüger: „Für uns als Grüne ist die Sicherung des Arbeitslosenzentrums sowie der Beratungsstelle „Wendepunkt“ ein wichtiger Verhandlungspunkt nach der Kommunalwahl. Wenn wir erneut an einer Mehrheit im Rat beteiligt sein sollten, werden wir uns dafür einsetzen, dass Finanzierungsmodelle gefunden werden, mit denen die Arbeit der Beratungsstellen langfristig abgesichert wird.“

Beide Einrichtungen seien unabhängige und wichtige Anlaufstellen für viele arbeitslose Menschen. Die sozialrechtlichen und psychosozialen Beratungsleistungen gehen dabei weit über die Beratungen durch die Arge und die Agentur für Arbeit hinaus. Grund für die unsichere Situation der Beratungsstellen ist, wie berichtet, die Streichung der Landesmittel durch die Landesregierung von CDU und FDP. (GN)

„Ungeheuerlich“

Zum Thema Krise schreibt Peter Strube, Vorstandsvorsitzender Arbeitslosenzentrum e.V.:

„Da hat es einer gewagt, die Dinge beim Namen zu nennen: soziale Unruhe könnte es geben, wenn die „Krise“ noch schlimmer wird. Und zwar schlimmer für die Betroffenen als da sind Hartz IVler, von Arbeitslosigkeit Bedrohte, in Armut Aufgewachsene – die Gutverdienenden sorgen sich vielleicht um den Luxus, der etwas geschmälert werden müsste.

Und, Gewerkschaftschef Sommer hat noch nicht einmal gewagt, die Krise als Systemkrise zu entlarven.

Er hat einfach gesagt, dass möglicherweise soziale Unruhen entstehen können. Schreckensbilder von Frankreich oder anderswo steigen auf. Wie kann man nur.

Gesine Schwan wird von Steinmeier abgewatscht, weil sie ähnliches befürchtet. Und offenkundig hat die herrschende „Elite“ vor nichts mehr Angst als davor, dass Menschen das Spielchen nicht mehr mitmachen wollen, dass die Armen die Zeche der Reichen bezahlen.

Im Arbeitslosenzentrum erleben wir täglich hautnah, was es heißt, um seine Existenz zu bangen, und nicht darum, ob die Gewinnmarge um 25 Prozent oder „nur“ 15 Prozent steigt.

Angst um die Familie, sie nicht mehr ernähren zu können, das Bewusstsein, für alle Zeit benachteiligt und ausgeschlossen zu sein – das macht resigniert, wie in den meisten Fällen.

Aber eben auch mal wütend, und das könnte zum berechtigten Protest werden. Das fürchten die Oberen wohl wie der Teufel das Weihwasser.

Und dabei täte uns etwas Weihwasser als Klärungselement für den Durchblick mal ganz gut.“

Stadtauzeiger 30.04.09